Vor 10 Jahren wurden die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht eingeführt. Diese Zwangsmassnahmen, welche auch von einigen linken Politikern und Politikerinnen unterstützt wurden, sollten dazu führen, dass der illegale Drogenhandel in der Schweiz eingedämmt wird. Sie haben aber nicht nur dieses Ziel weit verfehlt, denn eine Eindämmung des Drogenhandels hat noch nicht statt gefunden, sondern Im Gegenteil diese Zwangsmassnahmen beinträchtigen das Leben von Menschen in Not, Asylsuchenden und auch der Schwarzen Bevölkerung. Obwohl diese Massnahmen nur Kriminelle und so genannte Illegale betreffen sollten, wurden und werden Schwarze egal, ob mit oder ohne Aufenthaltsbewilligung, egal ob mit oder ohne Verdacht auf Kriminelle Tätigkeiten, egal ob mit oder ohne Schweizerpass aufgrund ihrer Hautfarbe willkürlich angehalten, kontrolliert und kriminalisiert.

Hier ein Beispiel aus dem Langstrassenquartier:

Ein Mann, der seit Jahren in der Schwarzen Gemeinschaft aktiv ist, geriet in eine Polizeikontrolle, als er hier die Langstrasse herunter lief, um eine Telefonkarte zu kaufen. Da er sich von den Polizisten respektlos und falsch behandelt fühlte, ging er ihnen nach um sich das Nummernschild ihres Autos zu merken. Die Polizisten bemerkten ihn, schlugen ihn auf offener Strasse zusammen und nahmen ihn dann in diesem Zustand auf den Polizeiposten mit.

Dieses Beispiel ist weder hier im Quartier noch sonst in der Schweiz ein Einzelfall. Immer wieder werden Schwarze auf ähnliche Weise öffentlich schikaniert.

Wie zum Beispiel jener Schwarze, der sich während der Stosszeit am Bahnhof Aarau nackt ausziehen musste. Oder die Frau, die mit ihrem 6Monatigen Kind im Arm, auf offener Strasse brutal zu Fall gebracht wurde, nachdem sie sich weigerte ohne Begründung auf den Polizeiposten zu gehen.

Durch diese und alle anderen Übergriffe werden Schwarze nicht nur vor ihren Familien, Freunden und Freundinnen und übrigen Mitbewohnern und Mitbewohnerinnen gedemütigt, sondern sie werden in der Öffentlichkeit auch als kriminelle Unmenschen, die nicht gleichwertig sind dargestellt.

Dass solche Aktionen ihre Wirkung haben, zeigte letztes Jahr beispielsweise die Ablehnung der Einbürgerungsinitiative für die zweite und dritte Generation von Migranten und Migrantinnen.

Bisher wurden in dieser Hinsicht von den Behörden noch nie (aktiv) ernsthafte Massnahmen zur Vermeidung von Fehlverhalten seitens der Polizei vorgenommen. Im Gegenteil, Polizisten und Polizistinnen werden von den Behörden bei Übergriffen oft in Schutz genommen.

Das führt dazu, dass Schwarze mit einem ständigen Stressfaktor leben, denn sie wissen nie wann sie mit der nächsten rassistischen Situation konfrontiert werden.

Die Hetze auf Schwarze wird jetzt noch einmal verschärft:

Zum Beispiel hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ein diskriminierendes „Massnahmenpaket – Westafrika“ erlassen. Durch dieses sollen Asylgesuche von Personen aus afrikanischen Staaten vorrangig behandelt werden

und sich kriminell oder asozial verhaltende Asylsuchende schneller ausgeschafft werden.
Gleichzeitig wurde das Bundesamt für Polizei damit beauftragt aktiv gegen, wie sie es nennen, kriminelle Gruppierungen von Asylsuchenden Afrikanern und Afrikanerinnen vorzugehen. Diese Verschärfungen führen dazu, dass afrikanische Asylsuchende schon im voraus kriminalisiert werden, und das Recht auf ihre Gleichbehandlung noch mehr eingeschränkt wird.

Wir Schwarzen sind ein Teil der Schweiz. Es ist Zeit, dass wir nicht nur gesehen, sondern auch gehört werden.

wir fordern:

- den sofortigen Stopp von systematischen Polizeikontrollen aufgrund der Hautfarbe

- transparente Kriterien für polizeiliche Kontrollen, die zum Beispiel in einem Polizeigesetz verankert sind

- bessere Betreuung und Aufklärung von Asylsuchenden

- die Einsetzung von unabhängigen Untersuchungskommissionen bei polizeilichen Übergriffen in allen Kantonen

- keine Diskriminierung der Asylgesuche aufgrund ihrer kontinentalen Herkunft

Wir fordern Solidarität statt Rassismus!